

Meistbegünstigung enthielt, ist zwar als Zeichen der guten Beziehungen Friedrichs des Großen zu der aufsteigenden Republik jenseits des Ozeans von historischer Bedeutung, hat aber wirtschaftlich nur geringe Folgen nach sich gezogen, da das Geschäft mit Amerika nach wie vor hauptsächlich in den Händen der Engländer blieb.

Als die Probe auf den Wert seiner wirtschaftspolitischen Maßregeln sah Friedrich der Große, wie die Merkantilisten überhaupt, vornehmlich die Handelsbilanz an. Sie war unter Friedrich Wilhelm I. für Preußen noch eine passive gewesen, d. h. Preußen hatte mehr ein- als ausgeführt. Im Jahre 1783 wies sie nach der offiziellen Berechnung einen Aktivüberschuß von 5,4 Millionen auf, wovon der König im stillen eine Million abrechnete, weil manche Ansätze zu hoch waren; ein statistischer Fachmann, wie der Minister von Seynitz, wollte ihn sogar nur auf 3 Millionen berechnen. Immerhin geht so viel daraus hervor, daß Preußen gelernt hatte, die ausländischen Waren zu entbehren und seine eigene Produktion zu entwickeln. Den Gesamtwert der industriellen Produktion in der preußischen Monarchie gibt der Minister von Herzberg im Jahre 1786 auf 30 Millionen Taler an, und auch die Berechnungen von Seynitz führen auf eine Summe von etwa 29 Millionen. Die merkantilistische Theorie der Handelsbilanz, die eine passive Haltung für ungünstig ansah, war für das damalige Preußen nicht unrichtig, weil die Handelsbilanz sich damals mit der Zahlungsbilanz deckte, in der ja unter Umständen bedeutende Werte stecken können (z. B. Reedereigewinne, Zinsen von auswärts angelegten Kapitalien), die in der Bilanz des Warenverkehrs von Land zu Land nicht erscheinen. Friedrich hatte damals also ganz recht mit seiner Ansicht, daß sein Land über kurz oder lang ärmer werden mußte, wenn die wohlhabenden Leute ihr Geld für fremde Luxus- und Manufakturwaren ins Ausland abfließen ließen, ohne daß eine entsprechende Ausfuhr gegenüberstand. Ein abschreckendes Beispiel dafür hatte man damals an Polen. Demgegenüber kam es ihm darauf an, die eigene Produktion des Landes zu heben, nach allen Seiten hin, auch in der Landwirtschaft, namentlich aber in der Industrie. Sein Volk sollte arbeiten lernen, um sich die Kulturgüter, nach denen es beehrte, selbst zu verdienen; in den arbeitenden Menschen sah der König den wahren Reichtum des Landes. Es ist nicht alles eingeschlagen, was er versucht hat; aber die Hauptsache war, daß die Elemente industrieller Tätigkeit geschaffen wurden: ein intelligenter, kapitalkräftiger Unternehmerstand und ein Stand von fleißigen, geschickten, disziplinierten Arbeitern. Form und Geist der kapitalistischen Unternehmung mußten ihren Einzug auch in Preußen halten, wenn das Land sich unter den übrigen Kulturstaaten einen Platz sichern und im Wettbewerb mit ihnen fortstreiten wollte. Das ist es, was durch die Wirtschaftspolitik Friedrichs des Großen erreicht worden ist.

Der bayerische Erbfolgekrieg und der Fürstenbund.

Im siebenjährigen Kriege hatte Friedrich außer dem österreichischen Kaiser auch das Reich gegen sich gehabt; Rossbach war ja nicht nur ein Sieg über die Franzosen, sondern namentlich auch über die Reichstruppen gewesen. Eine andere Wendung aber erhielt die Lage unter Kaiser Joseph II. Friedrich hat bei der Spannung, die während des türkischen Krieges zwischen Rußland

und Oesterreich herrschte, eine Zeitlang wohl an die Möglichkeit geglaubt, mit diesem jungen, bedeutenden und hochstrebenden Fürsten eine Linie der Verständigung finden zu können. Aber zwei persönliche Zusammenkünfte zwischen ihnen — 1769 in Reize, 1771 in Mährisch-Neustadt — haben doch nur dazu gedient, die Überzeugung in ihm zu befestigen, daß von einem Ausgleich des Gegensatzes zwischen beiden Mächten noch keine Rede sein könne. Die Front seiner Politik blieb nach wie vor gegen Oesterreich gerichtet; aber die Stellung zum Reich wechselte; Friedrich wurde zum Hüter und Vorkämpfer der bestehenden Ordnung im Reich, weil die ehrgeizigen Machtpläne Josephs ihm für seine eigene Stellung bedrohlich erschienen. Aus dieser Spannung entsprang zunächst der bayerische Erbfolgekrieg 1778—79.

Mit dem Tode des Kurfürsten Max Joseph erlosch 1778 die bayerische Linie der Wittelsbacher. Oesterreichische Truppen rückten in Bayern ein und besetzten das Land bis zur Donau: so weit wollte man es behalten; mit dem zur Nachfolge berechtigten Pfalzgrafen Karl Theodor aus der Sulzbacher Linie hatte man sich schon vorher ins Einvernehmen gesetzt. Joseph glaubte, daß Friedrich nicht wagen werde, allein den Kampf mit ihm aufzunehmen; denn Rußland war in einem Türkenkrieg begriffen und Frankreich war im Bunde mit Oesterreich. Aber Friedrich fand trotzdem den Entschluß zum Kriege, und im Jahre 1778 standen sich die alten Gegner wieder in Böhmen gegenüber. Man erwartete einen Kampf bis zur Vernichtung; aber es kam zu keinem bedeutenderen Treffen. Nicht die Waffen entschieden, sondern die Rückwirkung der allgemeinen europäischen Lage. Frankreich befand sich als Bundesgenosse der Amerikaner im Seekrieg gegen England und hatte keine Lust, zugleich auch wieder auf dem Kontinent Krieg zu führen; Rußland trat wenigstens diplomatisch für seinen Verbündeten ein; und so kam es zu einer russisch-französischen Vermittlung, die den Kaiser veranlaßte, nachzugeben und wenigstens vorläufig auf das bayerische Projekt zu verzichten. Das geschah in dem Frieden von Teschen 1779, in dem Friedrich zugleich die Anerkennung der für die Zukunft bereits ins Auge gefaßten Nachfolge seines Hauses in den fränkischen Fürstentümern Ausbach und Bayreuth durchgesetzt hat.

Ein Jahr darauf starb Maria Theresia. Jetzt allein im Besitz der Gewalt, trat Joseph alsbald mit neuen Entwürfen hervor, die im Reich das größte Aufsehen machten. Er setzte die Wahl eines österreichischen Erzherzogs zum Noadjutor in Köln und Münster durch; er löste die österreichischen Bistümer von der Unterordnung unter das Erzbistum Salzburg los und trennte das Land ob der Enns von der Passauer Diözese ab, ohne sich um das Recht und den Einspruch der römischen Kurie zu kümmern; die Fürstenkurie des Reichstags und damit der Reichstag selbst kam infolge der Hartnäckigkeit des österreichischen Gesandten in einer Formfrage fast völlig zum Stillstand; der Einfluß Oesterreichs bei den Reichsgerichten, namentlich beim Reichshofrat, verlor damit das bisherige Gegengewicht; eine allgemeine Unzufriedenheit im Reiche entstand, und man begann in den Kreisen geistlicher wie weltlicher Fürsten den Gedanken zu erörtern, eine Union der Reichsstände gegen die Übergriffe des Kaisers und zur Aufrechterhaltung der Reichsverfassung zu schließen. An den kleinen Höfen entwickelte sich ein geschäftiges Treiben. Der zweibrückensche Minister v. Hofensels brachte 1783 auch in Berlin die Frage der Union zur Erörterung; auch der badische

Minister v. Edelshcim hatte einen Entwurf dazu dorthin gelangen lassen. Aber König Friedrich hielt sich noch zurück. Von einer ganz anderen Seite aus ist er darauf geführt worden, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen.

Das Verhältnis zu Rußland, auf dem die Sicherheit Preußens zum guten Teil beruhte, hatte seit einer Zusammenkunft Kaiser Josephs II. mit der Kaiserin Katharina zu Mohilew 1780 einen schweren Stoß erlitten. Katharina, die damals noch energischer als früher auf die Zertrümmerung der europäischen Türkei ausging, sah sich gehemmt durch die Pläne Friedrichs, die darauf gerichtet waren, die Türkei in das Bündnis mit Rußland hineinzuziehen, um Oesterreich desto sicherer in Schach zu halten; dagegen fand sie bei Kaiser Joseph bereitwilliges Entgegenkommen für ihre Pläne; und so kam es im Jahre 1781, wenn nicht zu einem förmlichen Bündnis, so doch zu einem vollkommenen Einverständnis zwischen Joseph und Katharina, durch welches das russische Bündnis für Preußen allen Wert verlor. Kaiser Joseph operierte sehr geschickt und vorsichtig; und als im Jahre 1782 ein neuer Krieg zwischen Rußland und der Türkei ausgebrochen war, wußte er es so einzurichten, daß die von Katharina geplante Zertrümmerung und Aufteilung der europäischen Türkei unterblieb und damit Frankreich, die alte Schutzmacht der Türkei, gehindert wurde, sich Preußen zu nähern und vielmehr mit Oesterreich in guten Beziehungen blieb, und daß auf der anderen Seite Rußland sich damit begnügte, die Krim und eine Uferstrecke am Schwarzen Meer sich einzuverleiben. Das war der Inhalt des Friedens von Ainali Kawak, der unter Vermittlung Englands und Frankreichs im Januar 1784 geschlossen worden ist. Dieses Ereignis ist für Friedrich der unmittelbare Anlaß zu der Politik des Fürstenbundes geworden. Er war völlig isoliert. Seine Hoffnung, entweder mit Frankreich anknüpfen oder mit Rußland und England eine große nordische Allianz schließen zu können, war durch das geschickte Gegenspiel der österreichischen Diplomatie vereitelt worden. Alle großen Mächte hatten bei dem Friedensschluß mit der Türkei ein Wort mitgesprochen, nur Preußen nicht. Sein Ansehen in Europa war dadurch bedroht. In dieser Lage ergriff er den Plan einer Verbindung mit den deutschen Fürsten gegen die Übergriffe des Kaisers im Reich als den einzigen noch möglichen Rückhalt für Preußen.

Diese Bestrebungen fanden einen mächtigen Hebel in dem Widerstand gegen ein neues Projekt zur Erwerbung von Bayern, mit dem Kaiser Joseph damals hervortrat. Es handelte sich um den Plan einer Vertauschung von Bayern gegen die österreichischen Niederlande, für den der Kurfürst Karl Theodor bereits gewonnen worden war und den Rußland unterstützte. Friedrich erließ im Einverständnis mit dem zur Erbfolge berechtigten Herzog Karl aus der Linie Birkenfeld einen energischen Protest an Rußland und Frankreich als Bürgen des Teschener Friedens, was beide Mächte veranlaßte, beruhigende Versicherungen zu geben. Kaiser Joseph aber fuhr fort, nicht nur den bayerischen Plan zu verfolgen, sondern auch überhaupt im Reiche sich und seinem Hause ein Übergewicht zu verschaffen, demgegenüber Preußen seine Stellung nicht auf die Dauer hätte aufrecht erhalten können. Zum dritten Male in der Geschichte erhob sich das Haus Oesterreich zu dem Versuch, eine durchgreifende Herrschaft im Reich aufzurichten. Was Karl V. und Ferdinand II. in Verbindung mit den katholischen Tendenzen erstrebt hatten, das erstrebte Joseph II. in den Formen des auf-

geklärten Absolutismus. Und die Fürstenverbindung, die ihm entgegentrat, berief sich ausdrücklich auf die Tradition des 16. Jahrhunderts.

In einem eigenhändigen Entwurf für den Bundesvertrag, den Friedrich der Große am 24. Oktober 1784 aufsetzte, wird auf den schmalkaldischen Bund hingewiesen als das Muster, dem man folgen müsse; nur daß es sich hier nicht um einen Gegensatz der Konfessionen handelte, sondern lediglich um die Aufrechterhaltung der Reichsverfassung. Der König hatte eine Verbindung zwischen allen Fürsten des Reichs, geistlichen und weltlichen, vor allem auch den süddeutschen im Auge. Es ist vornehmlich dem Einfluß Hannovers zuzuschreiben, daß man von einer Gesamtverhandlung mit allen Fürsten Abstand nahm und vielmehr zunächst über einen engeren Bund zwischen den drei norddeutschen Kurfürsten, Preußen, Sachsen, Hannover verhandelte, der im Juli 1785 zustande kam. Diesem Drei-Fürstenbunde haben sich dann nach und nach 14 andere Fürsten angeschlossen, namentlich Karl August von Sachsen-Weimar, Herzog Karl von Pfalz-Zweibrücken, der spätere Erbe von Bayern, und der Kurfürst von Mainz, mit dem der Freiherr vom Stein die Unterhandlung geführt hat. Von den größeren weltlichen Staaten fehlten nur Württemberg, Hessen-Darmstadt und Oldenburg. Die Proteste des Kaisers hinderten den Abschluß des Bundes so wenig wie die anfangs feindselige Haltung Frankreichs und Russlands. Die kriegerischen Möglichkeiten, die ein allergerheimster Artikel der Bundesurkunde vorsah, haben sich nicht verwirklicht; ein Ausbau der Kriegsverfassung des Bundes ist daher auch unterblieben.

Der Bund war gegen die Umwälzungen Josephs II. im Reich gerichtet; die wichtigste Wirkung, die er gehabt hat, ist die gewesen, daß er das weitere Umsichgreifen des Kaisers in der Tat verhindert hat. Der Zweck des Fürstenbundes war nicht die Anbahnung einer Reichsreform, sondern die Erhaltung der alten Reichsverfassung. In allen den Verhandlungen, die Friedrich mit seinen Ministern darüber geführt hat, ist mit keiner Silbe die Rede davon, daß er an eine Umgestaltung der Reichsverfassung gedacht habe. Der Gesichtspunkt, unter dem er den Fürstenbund geschlossen hat, ist nicht ein deutsch-nationaler, sondern lediglich der Gesichtspunkt des preußischen Staatsinteresses. Er brauchte einen Rückhalt für Preußen gegen die Übermacht Österreichs, und den fand er damals nirgend anderswo als in einer Verbindung mit den deutschen Fürsten, die in Opposition zum Kaiser standen. Eine andere Frage ist es, was aus dem Fürstenbund hätte werden können, wenn ihm nicht durch den Umschwung der preußischen Politik von 1790 die Grundlage entzogen worden wäre. Es ist wohl möglich, daß das Schwergewicht Preußens dann durch den Bund doch schließlich eine Reichsreform wie 1867 herbeigeführt haben würde. Aber solche Vermutungen sind müßig. Der Bund ist über eine ephemere Existenz nicht hinausgekommen. Reale Wirkungen für die Lösung der deutschen Frage hat er kaum gehabt. Er bedeutet nicht eine Epoche, sondern nur eine Episode in der deutschen Geschichte.

Die Carmerische Justizreform. Der „alte Fritz“.

Neben den politischen und staatswirtschaftlichen Interessen hat die Sorge für eine prompte und unparteiische Rechtspflege auch in der Zeit nach dem siebenjährigen Kriege den König anhaltend beschäftigt bis an sein Lebensende. Diese zweite Hälfte seiner Regierung weist eine zweite große Justizreform auf,